

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine Politik des Friedens muss her.

Veraltetes Material, kaputte Hubschrauber, nicht seetüchtige Schiffe – um die Bundeswehr ist es angeblich schlecht bestellt. Mit dieser undifferenzierten Darstellung soll für die Notwendigkeit weiterer milliardenschwerer Aufrüstungsprogramme geworben werden. Denn geplant ist eine grundlegende Neuausrichtung der Bundeswehr zum Ausbau der Macht Deutschlands in der internationalen Politik – nicht zum Erhalt des Friedens.

2014 beschlossen die NATO-Staaten in Wales die Erhöhung ihrer Militärausgaben auf 2 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2024 umzusetzen. Wobei die Militärausgaben der 29 NATO-Staaten bereits 2016 unerhörte 822 Mrd. Dollar betragen.

Für die Bundesrepublik bedeutet das fast eine Verdoppelung der Militärausgaben von 42 Milliarden Euro auf über 70 Milliarden Euro jährlich.

Dabei ist die Bundeswehr bereits massiv aufgerüstet worden, wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Mitte Mai auf einer Bundeswehrtagung bestätigte. So haben die Streitkräfte seit 2014 u.a. 181 Schützenpanzer Puma, 52 Radpanzer Boxer, 31 Kampfhubschrauber Tiger, 28 Transporthubschrauber NH90, 16 Transportflugzeuge A400M, 15 Hubschrauber für



Spezialkräfte, zwei U-Boote und 1.800 Militärfahrzeuge erhalten. Parallel habe das Verteidigungsministerium, so von der Leyen, den Kauf von weiteren 129 Radpanzern Boxer, fünf neuen MRTT-Tankflugzeugen, 15 Marinehubschraubern und u.a. Kriegsgerät im Wert von rund 31 Milliarden Euro geordert. Z.Zt. ist die Bundeswehr an 14 Auslandseinsätzen weltweit beteiligt – unter anderem in Syrien, Afghanistan, Irak und Mali. Anfang 2017 wurde ein Kontingent von 500 Soldatinnen und Soldaten mit Leopard- und Marder-

Panzern nach Litauen versetzt, wo sie Teil der provokanten NATO-Manöver an den Grenzen Russlands sind. Diese 5.300 NATO-Soldaten starke Mission »Eiserner Wolf 2017« ist namensgleich mit dem im Jahr 1927 gegründeten faschistischen litauischen Kampfbund, der im Zweiten Weltkrieg, an der Seite der deutschen Wehrmacht, bei Massakern an der jüdischen Bevölkerung Litauens beteiligt war.

Erstmals seit dem Ende des Kalten Kriegs soll die Truppenstärke der Bundeswehr wieder ansteigen – um

über 30 Prozent: von zurzeit 177.000 auf 220.000 Soldaten bis 2024. Dafür hat die Bundeswehr ihre offensive Werbung an Schulen im letzten Jahr massiv (um 9,6%) ausgeweitet – 31 Mio. EUR allein an Personalausgaben. 120 000 Kinder wurden bei Jobmessen und Projekttagen auf dem Schulgelände erreicht (368,883 Jugendliche insgesamt). Soldat ist kein Beruf wie jeder andere. Man erklärt seine Bereitschaft getötet zu werden, aber auch zu töten und mit den daraus resultierenden Folgen zu leben. Schulen haben den Auftrag, Heranwachsende zu schützen und friedliche Konfliktbewältigung zu fördern. Die Truppe bildet immer mehr Minderjährige an der Waffe aus; 2017 ist die Zahl auf 2128 „Kindersoldaten“ (Jugendliche unter 18) gestiegen.

Neben der Personalaufstockung sollen auch die Rüstungsprojekte verdoppelt werden. Geplant sind Kampfdrohnen, neue Schützenpanzer, Transportflugzeuge und neue Kriegsschiffe. Ein weiterer Schwerpunkt der neuen Bundeswehr-Konzeption ist das Thema Cyber/Informationstechnik. 14.000 Soldatinnen und Soldaten sind in der Cyber-Truppe bereits im Einsatz. Insgesamt sind 1.600 Einzelmaßnahmen und ein Volumen von 130 Milliarden Euro eingeplant.

Zum Vergleich: Nur 45 Mio. Euro Budget war der Regierung im vergangenen Jahr die ausgezeichnete Arbeit der zivilen Friedensdienste wert. Somit wurden lediglich beschämende 1 Promille des Verteidigungsetats in friedliche Krisenprävention investiert!

Deutsche Städte und Gemeinden schieben seit Jahren einen immer größer werdenden Berg an notwendigen, aber nicht durchgeführten Investitionen vor sich her. Dieser Investitionsstau ist schuld an geschlossenen Schwimmbädern, an heruntergekommenen Schulgebäuden, fehlenden Kitas, sozialem

Mehr Geld für Kriegs- oder Gesundheitsdienste?

Vorgesehen sind: 30 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für die Aufrüstung gemäß NATO-Vorgaben (2% von BIP)

u.a. um für „weltweite Verantwortung“ verstärkt Auslandseinsätze vornehmen zu können.



Nicht vorgesehen sind: 5 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung

In Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulant sind 1.1 Millionen Menschen beschäftigt, zumeist schlecht bezahlt und völlig überlastet. Aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. In einigen Jahren könnten sogar mindestens 200.000 zusätzlich gebraucht werden.



Grafik: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., CC BY-SA 3.0 DE

Quellen:

730.000 Beschäftigte in Krankenhauspflege, 355.000 Beschäftigte in ambulanter Pflege (inkl. Hohen Teilzeit-Beschäftigtenanteil), ver.di fordert 70.000 zusätzliche Pflegestellen in Krankenhäusern, Deutscher Pflegerat: mind. 50.000 Stellen in Krankenhäusern und 50.000 in Langzeitpflege als Sofortprogramm. Expertenrechnung: Bedarf von 100.000 in Krankenhäusern. Eine examinierte Vollzeit-Pflegekraft kostet 50.000 Euro Arbeitgeberbrutto.

Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, an besserer Altersversorgung und ökologischem Umbau. Er umfasst mittlerweile 140 Milliarden Euro.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Anstatt ein neues Wettrüsten voranzutreiben, fordern wir eine Rückkehr zur **Entspannungspolitik**.

Endlich müssen Schritte zur **Kürzung der Militärausgaben** eingeleitet werden. Geplante Beschaffungsausgaben und Entwicklungs- und Forschungsprojekte von Waffensystemen müssen gestrichen werden. Anstelle von Aufmärschen an den NATO-Außengrenzen soll das Geld lieber genutzt werden, um längst überfällige Investitionen im Inland zu tätigen.

